

Rettungsdienste fürchten um 13.000 Zivildienstler

Zittern vor dem Wehrpflicht-Ende

Fällt die Wehrpflicht, fällt auch der Zivildienst. Die Rettungsdienste warnen vor Versorgungsengpässen und fordern rasch Alternativen.

VON PAUL TRUMMER

Entscheidet der Zivildienst über das Schicksal der Wehrpflicht? Der neunmonatige Wehrersatzdienst wird zum nächsten Zankapfel der Regierung. Geht es nach der ÖVP, soll das drohende Aus für den Zivildienst in die Fragestellung bei der Wehrpflicht-Volksbefragung integriert werden. Kalkül: Zahlreiche Wähler haben positive Erfahrungen mit Zivildienstern gemacht. SPÖ-Verteidigungsminister Norbert Darabos ist dagegen.

Die Blaulichtorganisationen fordern im KURIER-Gespräch die rasche Ausarbeitung von Alternativen zum Zivildienst: „Bevor es große Veränderungen gibt, müssen rasch alle Ersatzmodelle auf den Tisch kommen“, fordert Werner Kerschbaum, Generalsekretär beim Roten Kreuz. Sein Gegenüber beim Samariterbund, Reinhard Hundsmüller, fordert: „Wir verlangen jetzt rasche Gespräche. Man hat die Chance, ein halbes Jahr intensiv an Alternativen zu arbeiten.“ Die Befragung dürfe nicht nur zur Abstimmung über ein Berufsheer werden: „Man muss der Bevölkerung bei der Fragestellung auch sagen, was mit dem Zivildienst passiert.“

Soziales Jahr Die beiden Organisationen beschäftigen die meisten Zivildienstler in Österreich. 13.510 Menschen wurden 2011 zum Zivildienst zugelassen – ein neuer Rekord. „Wir verzeichnen jährlich ein steigendes Interesse“, meint Ferdinand Mayer, Leiter der Zivildienstserviceagentur. In Summe hätte das Innenministerium 2011 für den Zivildienst 54,8 Millionen Euro ausgegeben.

Zivildienstler in Österreich

Gesamt 2011 13.510

Zuweisung nach Sparten (Auswahl, Stand: 31.12.2011)

Rettungswesen	5925
Behindertenhilfe	2584
Sozialhilfe	1716
Altenbetreuung	1190
Krankenanstalten	851
Katastrophenhilfe	400
Betreuung Asylwerber	180
Krankenbetreuung	179
Öffentl. Sicherheit	151
Landwirt. Betriebshilfe	138
Betreuung Drogenabh.	68
Justizanstalten	27

KURIER Quelle: Zivildienstserviceagentur



Rund 13.500 Zivildienstler versahen 2011 ihren Dienst im Land. Fast jeder Zweite war im Rettungswesen tätig. Nun könnte dem Zivildienst das Aus drohen

dienst 54,8 Millionen Euro ausgegeben.

Geht es nach der SPÖ, soll ein Sozialjahr den Zivildienst ablösen. Das Budget soll gleich bleiben – die Zahl der sozial Tätigen aber auf rund 6000 Vollzeit-Äquivalente sinken. Konkret sollen sich Männer und Frauen freiwillig ein Jahr lang für Sozialarbeit verpflichten – und dafür rund 1300 Euro brutto pro Monat erhalten.

Nicht ausreichend Auch wenn Tätigkeiten wie Schütlerlotse oder Denkmalpfleger wegfallen, zittern die Rettungsorganisationen um ihre Kapazitäten. „Ein soziales Jahr ist eine denkbare Lösung, aber ich glaube nicht, dass das die Anzahl der Zivildienstler komplett ersetzen könnte“, meint Kerschbaum. Würde man alle Zivildienstler durch hauptberufliche Mitarbeiter ersetzen, bedeute das 140 Mio. Euro an Mehrkosten jährlich. Kerschbaum: „Das kann nicht aus Eigenmitteln des Roten Kreuzes kommen.“

„Wenn es nicht genug Personal gibt, dann werden Menschen länger auf Transporte ins Krankenhaus warten müssen“, zeichnet Hundsmüller düstere Alternativen. Als Lösung fordert Franz Küberl, Präsident der Caritas, „den Dienst für junge Menschen attraktiver zu machen.“ Bezahlung sei dabei „weniger wichtig als Anrechnung des Dienstes als Vordienstzeit oder für die Pension sowie für Studienberechtigungen.“ Küberl: „Das darf kein verlorenes Jahr sein.“ Schließlich profitiere auch die Gesellschaft.

Schon in den kommenden Wochen will Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit den Organisationen Gespräche führen, um das Modell zu überarbeiten: „Die Rettungs- und Sozialorganisationen müssen sich daher vor einem Entfall des Zivildienstes nicht fürchten.“

► Parteien rüsten für erste österreichweite Volksbefragung

Rot und Schwarz werben mit prominenten Namen

Der Kampf ums Heer hat begonnen: Ehe noch die Koalitionsverhandlungen über Form und Inhalt der Wehrpflicht-Volksbefragung begonnen haben, ließ die ÖVP am Mittwoch durchsickern, womit sie die Wahlberechtigten im Jänner 2013 konfrontieren will, nämlich: „Sind Sie für eine Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes in Österreich?“. Darauf kann mit „Ja“ oder „Nein“ geantwortet werden, was dem Gesetz entspricht.

Doch die Präferenz von SPÖ-Verteidigungsminister Norbert Darabos liegt bei der zweiten Möglichkeit, die das Gesetz ebenso erlaubt: Er will, wie sein Sprecher sagt, „dass beide Modelle, jenes der SPÖ und jenes der ÖVP, in möglichst einfacher Form dargestellt, zur Abstimmung vorgelegt werden.“

Allein diese beiden unterschiedlichen Zugänge werfen eine heftige Auseinandersetzung um die Zukunft der Wehrpflicht und des Bundesheeres.

Kampagnen Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) haben sich darauf verständigt, das Thema keinen „kleinkarierten politischen Scharmützeln“ zu opfern. Die SPÖ hat jedenfalls nicht vor, einen teuren Werbefeldzug zu starten. Grund: Zum einen ist nicht jeder, der der SPÖ nahe steht oder Mitglied ist, für eine Professionalisierung des Heeres. Zweitens: Es käme einfach zu teuer. Das Geld, das in der Parteikassa vorhanden ist, wird für den

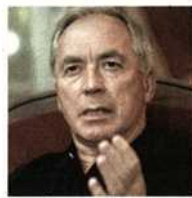
Nationalratswahlkampf dringend benötigt. Bundesparteigeschäftsführer Günther Kräuter plädiert gegenüber dem KURIER dafür, dass die Koalition die Informationsarbeit übernimmt und zwar „in einer vertieften, objektiven Information der Bundesregierung“, etwa in Form einer Broschüre. Es gehe bei dem Thema nicht um Parteipolitik, sondern um eine Sachfrage.

Darüber hinaus sei es enorm wichtig, mit der ersten bundesweiten Volksbefragung der Zweiten Republik verantwortlich umzugehen. Kräuter: „Das Ergebnis der Befragung wird anerkannt werden. Es ist im Interesse der Demokratie, sich auf sachliche Argumente und auf eine kultivierte Diskussion zu konzentrieren. Die beste Ebene dafür ist jene der Regierung.“ Schließlich richtet er noch den Appell an die ÖVP, „nicht der Versuchung parteipolitischer Agitation zu erliegen“. Das würden die „mündigen Bürger“ nicht gutheißen.

Auftrag Die ÖVP hat schon seit einem Jahr eine Kampagne fertig in der Schublade. Die ÖVP werde natürlich auch eine solche zur Wehrpflicht-Befragung fahren, heißt es aus der Parteizentrale. Eine Sprecherin: „Wir sind allzeit kampagnenbereit.“ Generalsekretär Hannes Rauch wird Kampagnenleiter, die deutsche Agentur Butter – bereits für die ÖVP tätig – dürfte die Werbung übernehmen. Bei gegebenem Anlass könne gestartet werden. Über mögliche Kosten des Werbefeldzuges wollte man sich in der ÖVP-Zentrale vorerst nicht äußern.

Auch bei der Zusammenstellung eines Personenkomitees ist die ÖVP offenbar weiter als die SPÖ. Bei den Roten ist bisher nur SPÖ-Urgestein Hannes Androsch mit an Bord sein. Die ÖVP-Kampagne werden folgende Promis unterstützen: die beiden Ex-Skifahrer Karl Schranz und David Zwilling; Genetikforscher Markus Hengstschläger; die Ex-Fußballer Michael Hatz und Toni Pfeffer; der frühere Eisschnellläufer Michael Hadschieff und die Präsidenten des Roten Kreuzes in Vorarlberg und Oberösterreich, Siegfried Gasser und Walter Aichinger.

Vorbild Schweiz Für den Politikforscher Hubert Sickinger, ist in der Debatte maßgeblich, ob die Regierung es gemeinsam schafft, objektive Informationen über das Thema zur Verfügung zu stellen. Er empfiehlt den Koalitionspartnern, wie in der Schweiz vorgehen: Dort werden bei den häufig stattfindenden Volksbefragungen jedem Wahlberechtigten „ordentliche Info-Broschüren“ ausgehändigt, in denen unvoreingenommen die Vor- und Nachteile zum Thema dargestellt werden. – P. Haller, B. Gaul



Wirbt für Wehrpflicht: Ex-Skifahrer Karl Schranz



Führt Unterstützer-Liste fürs Profi-Heer an: Hannes Androsch



Votum wird von Faymann und Spindelegger akzeptiert werden

Die Hintergründe: Bundesheer

Das große Bundesheer-ABC und den Überblick über die Auslandseinsätze finden Sie auf KURIER.at/nachrichten